



**Yvonne Feri**  
Ihre Stimme für Kinder  
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 30. Oktober 2020

#### **Aus der Sondersession, Kurzbericht**

Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Sondersession war überschattet von den Sorgen wegen des rasanten Anstiegs von Corona-Neuansteckungen in der Schweiz. Einige meiner Parlamentskolleginnen und -kollegen entschieden, nicht an der Session teilzunehmen, da ihnen das Ansteckungsrisiko für sich und ihr Umfeld zu gross war. Die grosse Mehrheit reiste aber nach Bern und so konnten wir die Geschäfte gemäss Planung behandeln.

Am Freitag beschäftigten wir uns mit einem Anliegen, das mir besonders am Herzen liegt: mit der **Transparenz beim Lobbying**. Gespräche mit verschiedenen Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern gehören zu meiner politischen Arbeit, da sie eine wichtige Grundlage für meine Meinungsbildung sind. Solche Unterhaltungen finden häufig im Bundeshaus statt, was praktisch ist. **Welche Verbände, Organisationen und Firmen regelmässig im Bundeshaus Lobbying betreiben, ist bis heute nicht bekannt.** Es braucht dringend mehr Transparenz, weshalb ich die Idee eines öffentlichen Lobbyingregisters sehr begrüsse. Lobbying findet aber nicht nur in Gesprächen in der Wandelhalle und der Galerie des Alpes statt. Viele Interessengruppen binden Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit Spenden für die Partei und den Wahlkampf, einem Sitz in der Geschäftsleitung oder grosszügigen Informationsanlässen an ihre Organisationen. Eine Offenlegungspflicht für Spenden und Entschädigungen für bezahlte Mandate von Parlamentarierinnen und Parlamentarier tut Not!

**Corona wird uns in den nächsten Wochen und Monaten viel abverlangen. Bleiben Sie gesund und helfen Sie mit, die Pandemie mit dem Befolgen der Hygiene- und Verhaltensregeln einzudämmen!**

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri



Nationalrätin SP/AG und Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz

30.10.2020

Aus dem Nationalrat

Kurzbericht zur Sondersession

**Geschäftsmieten:** Der Nationalrat will GeschäftsmieterInnen, die während des Corona-Lockdown im Frühling schliessen mussten oder eingeschränkt waren, unterstützen. Er ist am Donnerstag auf ein Gesetz für einen teilweisen Mieterlass mit 91 zu 89 Stimmen bei 4 Enthaltungen eingetreten. Die Fraktionen von SVP und FDP stimmten zwar geschlossen für Nichteintreten auf die Vorlage.

Das Zünglein an der Waage spielte aber die gespaltene Mitte-Fraktion, die einige wenige Ja-Stimmen mehr abgab als Nein-Stimmen. Zusammen mit den Stimmen der geschlossenen Linken sowie der Mehrheit der GLP ergab sich ein knappes Ja. Das Geschäftsmietegesetz sieht vor, dass Mieterinnen und Mieter sowie Pächterinnen und Pächter, die im Frühjahr von einer Schliessung oder starken Einschränkung betroffen

## Das heilige Band, das die Gesellschaft umschliesst, ist die Freundschaft.

Mary Wollstonecraft

waren, für die Zeit vom 17. März bis 21. Juni 2020 nur 40 Prozent des Mietzinses bezahlen müssen. 60 Prozent gehen zulasten der Vermieterinnen und Vermieter. Als nächstes berät die vorberatende Kommission die Details der Vorlage.

*Kommentar: Das war sehr knapp! Ich freue mich sehr, dass sich die Mehrheit des Parlaments für diese dringende finanzielle Entlastung von Geschäften durchringen konnte. Auch wenn mir bewusst ist, dass es ein Eingriff in privates Recht ist. Trotzdem braucht es diese Unterstützung nun dringend!*

**Mobbing:** Der Nationalrat will eine nationale Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen lancieren. Er hat eine entsprechende Motion von Yvonne Feri (SP/AG) **angenommen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.** Die Schweiz besetze in Sachen Mobbing in Europa einen unrühmlichen Spitzenplatz, machte Feri geltend. Der Bundesrat will die Kampagne im Rahmen seiner nationalen Plattform "Jugend und Medien" umsetzen - ohne zusätzliche Ressourcen. Auf eine Anti-Mobbing-Kampagne verzichten wollte die SVP-Fraktion. Die Prävention müsse über das Elternhaus und die Schule erfolgen, argumentierte



Andreas Glarner (SVP/AG). Die Gegner der Motion unterlagen schliesslich mit 101 zu 76 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

*Kommentar: Immer mehr Kinder sind Cybermobbing betroffen. Ich freue mich sehr, dass der Nationalrat meine Motion als ein Puzzleteil im Kampf gegen Mobbing angenommen hat und hoffe fest, dass der Ständerat gleich entscheiden wird.*

**Lobbying:** Der Nationalrat hat eine Vorlage, die den Zugang von Lobbyisten zum Bundeshaus neu regeln sollte, in der Gesamtabstimmung abgelehnt. Da sich der Nationalrat nun zwei Mal ablehnend zum Gesetzesprojekt äusserte, ist die Vorlage vom Tisch. Wirklich zufrieden war mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf keine Fraktion mehr. Ausgearbeitet hatte die Vorlage die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S). Die vorberatende Kommission des Nationalrats hatte Änderungen in zentralen Punkten vorgenommen, hinzu kamen zahlreiche Einzelanträge. In der Gesamtabstimmung lehnten die Mitte-Fraktion, SVP und ein Teil der FDP-Fraktion die Vorlage ab. SP, Grüne und Grünliberale sprachen sich für die Vorlage aus.

*Kommentar: Transparenz bei der politischen Meinungsbildung ist mir sehr wichtig. Ich hoffe fest, dass wir im Parlament zu einem späteren Zeitpunkt Wege finden, die Transparenz im Politbetrieb zu verbessern.*

**Mutterschaft:** Kündigen Arbeitgeber einer Frau die Stelle, weil sie schwanger wurde oder während sie sich im Mutterschaftsurlaub befand, sollen sie nicht härter bestraft werden. Der Nationalrat hat zwei entsprechende Vorstösse abgelehnt. Mehrere Studien zeigten, dass in der Schweiz 10 Prozent aller Frauen nach ihrem Mutterschaftsurlaub gekündigt werde, begründete SP-Nationalrat Mathias Reynard (VS) seine Motion. Die Motionen wurden im Nationalrat mit 113 zu 66 Stimmen respektive 106 zu 66 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Geschäfte sind damit vom Tisch.

*Kommentar: Es wäre so wichtig, dass Frauen mit Kindern einen Fuss in der Arbeitswelt behalten. Ich verstehe nicht, wieso der Nationalrat nicht bereit war, ein Zeichen für junge Familien zu setzen.*

**Opferhilfe:** Der Bundesrat wird nicht damit beauftragt, die aus der Evaluation des Opferhilfegesetzes resultierenden Empfehlungen der Begleitgruppe zu prüfen und allfällige Massnahmen zu treffen. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion der SP-Fraktion abgelehnt - mit 111 zu 63 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Vorstoss ist damit vom Tisch.

*Kommentar: Evaluationen sind doch da, um Verbesserungsmöglichkeiten aufzudecken und diese dann auch in Angriff zu nehmen. Schade, will der Nationalrat die in der Evaluation des Opferhilfegesetzes gewonnenen Erkenntnisse nicht nutzen.*

#### **Persönlicher Vorstösse in der Sondersession:**

- [20.3687](#) Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen (Motion)